

Sri Lanka im Überblick

zusammengestellt von Bettina Meier

Moschee angegriffen

Die Übergriffe militanter Buddhisten gegen muslimische Einrichtungen setzen sich fort. Am 10. August attackierte ein bewaffneter Mob eine Moschee im Stadtteil Grandpass von Colombo. Anschließend kam es zu Straßenschlachten zwischen muslimischen Jugendlichen und buddhistischen Extremisten. Erstmals protestierten die muslimischen Minister in Präsident Rajapaksas Kabinett in einem gemeinsamen Kommuniqué scharf gegen die Untätigkeit der Polizei und forderten Rajapaksa auf, die antimuslimischen Kampagnen zu beenden.

UN-Menschenrechtskommissarin besucht Sri Lanka

Ende August besuchte die Menschenrechtskommissarin der Vereinten Nationen, Navi Pillay, Sri Lanka. In den früheren Rebellenhochburgen im Norden und Osten sowie in Colombo führte sie zahlreiche Gespräche mit Angehörigen von im Bürgerkrieg Verschwundenen, Bürgerrechtsgruppen und Journalisten, auch ein Treffen mit Präsident Mahinda Rajapaksa stand auf dem Programm. In ihrem anschließenden Bericht vor dem Menschenrechtsrat in Genf am 25. September kritisierte Pillay die Menschenrechtslage und warf der sri-lankischen Regierung Versagen bei der Aufarbeitung mutmaßlicher Kriegsverbrechen vor. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit seien ernsthaft beschädigt, die Regierungsführung sei zunehmend autoritär, Regierungskritiker seien Repressionen ausgesetzt. Offenbar wurden auch Pillays Gesprächspartner und ihre Familien eingeschüchtert.

Provinzratswahlen: Haushoher Wahlsieg der *Tamil National Alliance* (TNA) in der Nordprovinz

Die TNA war selbst überrascht von der Anzahl der Stimmen, die sie bei den Wahlen am 21. September für das Regionalparlament der Nordprovinz erlangte. Von insgesamt 38 Sitzen im Rat gingen 30 an die TNA, in Jaffna stimmten sogar 84 Prozent der Wähler für die TNA. Die Allianz von Staatschef Mahinda Rajapaksa, *United Peoples Freedom Alliance* (UPFA), landete mit sieben Sitzen abgeschlagen auf dem zweiten Platz; ein Sitz ging an eine muslimische Partei. Die oppositionelle *United National Party* (UNP) ging völlig leer aus. Auch in der Nordwest- und der Zentralprovinz wurde gewählt: Hier siegte die Regierungskoalition. Die

UPFA gewann 34 beziehungsweise 36 Sitze, die UNP 24 beziehungsweise 27 Sitze. Einzelne Sitze gingen an kleinere Parteien. Damit verfügt die Koalition von Präsident Rajapaksa in acht der neun Regionalparlamente über die Mehrheit. Die Wahlbeteiligung war mit durchschnittlich 65 Prozent hoch, trotz vorausgegangener Einschüchterungen durch Sicherheitskräfte. Mehr als 2000 Wahlbeobachter hatten die Stimmabgabe überwacht. Massive Manipulationen wurden nicht bekannt. Beobachter zeigten sich überrascht, dass die Regierung den hohen Wahlsieg der TNA in der Nordprovinz zugelassen hat. Ein Regierungssprecher sprach von einem „Sieg der Demokratie“. Die Wahl gilt als wichtiger Schritt in Richtung Versöhnung zwischen den tamilischen und singhalesischen Bevölkerungsgruppen. Doch die Macht der Regionalparlamente ist begrenzt, ihre Entscheidungen müssen von dem Gouverneur der Zentralregierung bestätigt werden. Die Kontrolle über staatliches Land sowie über die Polizei, die den Parlamenten laut Verfassung zusteht, wird ebenfalls von Colombo ausgeübt. Auch die polarisierende Rhetorik der TNA, die im Wahlkampf den Führer der tamilischen Befreiungstiger, Prabhakaran, als „Helden“ bezeichnete, scheint einer Aussöhnung eher im Weg zu stehen.

Commonwealth-Gipfel überschattet von Vorwürfen zu Menschenrechtsverletzungen

Das umstrittene Gipfeltreffen der Regierungschefs der Commonwealth-Staaten (*Commonwealth Heads of Government Meeting* – CHOGM) fand wie geplant vom 15. bis 17. November in Colombo statt. Im Vorfeld des Treffens hatten Menschenrechtsorganisationen zum Boykott aufgerufen. Die Regierungschefs von Kanada und Mauritius – in beiden Ländern leben viele Exiltamilen – blieben dem Treffen aus Protest fern, auch Indiens Premier Manmohan Singh sagte kurzfristig seine Teilnahme ab. Prinz Charles eröffnete das Treffen in Vertretung von Queen Elisabeth II., die zum ersten Mal seit 40 Jahren nicht an dem Gipfel teilnahm. Insgesamt kamen nur 24 Staatsoberhäupter der 53 Mitgliedsstaaten, viele schickten ihre Stellvertreter. Präsident Rajapaksa wollte das Treffen nutzen, um sein Land als prosperierendes Touristenparadies zu präsentieren. Tatsächlich zeigten sich viele Teilnehmer von der kostspieligen Gastfreundschaft beeindruckt. Doch Rajapaksa konnte nicht verhindern, dass die katastrophale Menschenrechtssituation in seinem Land ins Zentrum der Berichterstattung rückte. Internatio-

nale Medien zeigten nicht das prunkvolle Feuerwerk und die neuen Hochglanzfassaden Colombos, sondern Bilder von tamilischen Frauen, die Fotografien ihrer verschwundenen Männer und Söhne hochhielten. Kritiker sprachen von einem PR-Debakel der Regierung Rajapaksa, aber in der Abschlusserklärung werden weder die Menschenrechtslage in Sri Lanka noch die mutmaßlichen Kriegsverbrechen überhaupt erwähnt. Stattdessen einigten sich die Staatschefs darauf, gemeinsam für nachhaltige, gerechte und inklusive Entwicklung einzutreten und Armutsbekämpfung sowie Klimaschutz voranzubringen.

Behinderung von Regierungskritikern während Commonwealthgipfel

Während des Treffens wurden ausländische Medien- und Menschenrechtsvertreter behindert: Mitglieder des Menschenrechtsinstituts IBAHRI (*International Bar Association's Human Rights Institute*) und die UNO-Sonderberichterstatterin für die Unabhängigkeit der Richter und Anwälte, Gabriela Knaul, wurden nach eigenen Angaben nicht ins Land gelassen. Ein Team des britischen TV-Senders *Channel Four*, dessen 2011 und 2012 produzierte Dokumentarfilme *Sri Lanka Killing Fields* als Beweis für von der Armee begangene Kriegsverbrechen gelten, wurde von einem regierungstreuen Mob an der Fahrt in die frühere Bürgerkriegsregion gehindert. Auch wurde berichtet, dass Busse mit Angehörigen vermisster Personen auf ihrer Fahrt aus ehemaligen Bürgerkriegsgebieten nach Colombo aufgehalten wurden.

Spannungen zwischen Großbritannien und Sri Lanka

Großbritanniens Premierminister David Cameron nutzte den Commonwealth-Gipfel zu einem Besuch des tamilischen Nordens Sri Lankas. Begleitet von einem Tross von Journalisten besuchte er ein Flüchtlingslager und die tamilische Zeitung *Uthayan* in Jaffna, die mehrere Reporter durch Attentate verloren hat und starken Repressionen ausgesetzt ist. Die Delegation wurde von zahlreichen Tamil(inn)en bedrängt, die an Cameron appellierten, sich für die Aufklärung des Schicksals ihrer verschwundenen Verwandten einzusetzen. Cameron zeigte sich betroffen und forderte die srilankische Regierung auf, dem Vorwurf von Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen „glaubwürdig, transparent und unabhängig“ nachzugehen. Sonst würde Großbritannien im UN-Menschenrechtsrat – der schon 2012 und 2013 Resolutionen zu Sri Lanka verabschiedet hat – eine internationale Untersuchung unter Leitung der Vereinten Nationen befürworten.

Präsident Rajapaksa wies die Forderung als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Sri Lankas zurück. Die öffentliche Kontroverse zwischen Sri Lanka und Großbritannien und der Boykott Kanadas, welches auch das mögliche Ende seiner Zahlungen an die Organisation ankündigte, stellt für das Commonwealth eine schwere Krise dar. Welche Rolle der Club früherer britischer Kolonien mit 53 Mitgliedsstaaten überhaupt noch spielen kann, in denen ein Viertel der Weltbevölkerung lebt, darüber wird kontrovers diskutiert. Für viele steht die Glaubwürdigkeit des Commonwealth, dessen Charta seine Mitglieder zum Schutz der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verpflichtet, in Frage. Ab 2014 wird Sri Lanka turnusmäßig bis zum nächsten Commonwealthtreffen 2015 in Malta die Präsidentschaft des Commonwealth übernehmen.

Australien stattet srilankische Küstenwache aus

Nach dem Commonwealth-Gipfel kündigte Australiens konservativer Ministerpräsident Tony Abbott eine engere Zusammenarbeit beider Länder bei der Bekämpfung illegaler Immigration an. Zwei Patrouillenboote wurden der srilankischen Marine übergeben. Hintergrund ist die steigende Anzahl srilankischer Bootsflüchtlinge, die in Australien Asyl suchen. Abbott lobte während des Gipfels die Entwicklung Sri Lankas nach dem Ende des Bürgerkrieges und relativierte Menschenrechtsverletzungen. Im Gegenzug sagte Präsident Rajapaksa zu, Sri Lankas Küstengewässer stärker zu überwachen und Boote mit Flüchtlingen abzufangen. Menschenrechtsorganisationen reagierten empört. Problematisch ist die Kooperation auch deshalb, weil die srilankische Marine angeblich selbst in den Menschenschmuggel involviert ist.

Colombo baut Kasinos – Konkurrenz für Singapur und Macao?

Der geplante Bau zweier Kasino-Resorts im Las Vegas-Stil inmitten von Colombo hat in den vergangenen Monaten zu heftigen Kontroversen geführt. Buddhistische Mönche prangern sie als unmoralisch an und weisen auf die sozialen Folgen hin. Die oppositionelle UNP kritisiert vor allem die geplanten Steuererleichterungen, durch die dem srilankischen Staat Milliardenentnahmen entgingen. Der Bau der Kasinos soll mehr als eine Milliarde US-Dollar kosten. Investoren sind der australische Milliardär James Packer mit seiner Firma *Crown Ltd* und die *John Keells Holdings*. Die Kasinos sollen vor allem reiche Inder und Chinesen anziehen. Im November wird das Parlament über eine geplante zehnjährige Steuerbefreiung für die Kasinobetreiber entscheiden.